

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Himmelsheim, Deucha, Dorndorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Känge, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stadtrat, Throna s.m.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, jährlich Mk. 48.—, ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. wöchentlich. **Reklamepreise:** Die 6-spaltige Korpuszeile 2.— Mk. wöchentlich. **Beilagegebühren:** pro Nummer 1.— Mk. wöchentlich. **Annahme der Anzeigen:** bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, früher nach vorheriger Vereinbarung. — Alle Anzeigen-Vermittlungen unterliegen den Bestimmungen der Reichsgesetzgebung. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gaus & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 138

Samstag, den 20. November 1921

32. Jahrgang

Einigkeit der Bürger ist der Stadt Ringmauer!

Wir rufen auf zum Kampf. Helft, daß Naunhof dem roten Ansturm nicht erliegt!
Sonntag ist Wahltag.

Rüttelt die Bequemen auf, schleppt die Säumigen herbei. Nur wenn es gelingt, alle Anhänger der bürgerlichen Weltanschauung reiflos zur Wahlurne zu bringen, können wir auf den Sieg rechnen. Auf jede einzelne Stimme kommt es an. Wer fernbleibt, trägt die Verantwortung für eine Niederlage und deren schwerwiegende Folgen!

Wer vormittags wählt, erleichtert uns die Arbeit.

Naunhofer Bürger-Ausschuß
(Bürgerrat) e. V.

Amtliches.

Die Stadtverordnetenwahl

findet **Sonntag, den 20. November d. J.** statt. Die Stadt bildet einen Stimmbezirk.

- Die Wählerliste ist getrennt worden und zwar
1. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen, mit den Buchstaben A bis L und
 2. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen mit den Buchstaben M bis Z

beginnen. Die Wahl hat von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr zu erfolgen und zwar

- für die Wahlberechtigten unter 1 (A bis L) im Erdgeschoß, Ostseite des neuen Schulgebäudes Schulstraße 6, Zimmer 5,
für die Wahlberechtigten unter 2 (M bis Z) im Erdgeschoß, Westseite des neuen Schulgebäudes, Schulstraße 6, Zimmer 4.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses geschieht sofort nach Schluß der Wahl.

Wahlvorsteher ist der unterzeichnete Bürgermeister, Stellvertreter Herr Stadtrat Gustav Thiemann hier.

Beisitzer des Wahlausschusses sind die Herren Gärtnermeister Gerhard Fleck, Zigarenfabrikant Ernst Krübler, Buchdruckermeister Wilhelm Mischewitz, Stadtrat Gustav Thiemann. Naunhof, am 25. Oktober 1921.

Wißer, Bürgermeister und Wahlvorsteher.

Das Gesamtministerium hat mit Rücksicht auf die noch andauernde wirtschaftliche Notlage und weil die Mittel noch nicht aufgebraucht sind, beschlossen, den **bedürftigen Arbeiterrentnern 1/2 des Betrags** zuzuwenden, der ihnen auf Grund der bisherigen Richtlinien nach ihren jetzigen Verhältnissen zukommt.

Voraussetzung ist, daß tatsächlich Bedürftigkeit vorliegt und diese 1/2 Beihilfe besonders beantragt wird.

Ferner sollen solche bedürftige Arbeiterrentner, die eine einmalige Beihilfe noch nicht erhalten haben, dann in den Genuß einer solchen Beihilfe gelangen, wenn ihr Gesamteinkommen unter dem Satz der Erwerbslosenunterstützung, der für ihre Person und ihren Ort in Frage kommt, zurückbleibt.

Die Beihilfe wird nur Rentenempfängern deutscher Staatsangehörigkeit gewährt, die bereits seit 1. Dezember 1920 in Sachsen wohnen, an Unfallrentner außerdem nur wenn mindestens 50% Unfallrente bezogen wird, an Witwen und Waisen dann nicht, wenn sie Militär- oder Waisenrenten oder sonstige militärische Versorgung beziehen.

Der Antrag ist beim Unterzeichneten zu stellen. Vorbrücke zu den Anträgen sind im **Waldamt des Rathauses hier, Zimmer 11** zu entnehmen und bis spätestens **den 24. d. M.** ausgefüllt wieder einzureichen.

Später eingehende Anträge können unter keinen Umständen berücksichtigt werden.

Naunhof, am 19. November 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im **Generalausschuß** des Reichstages gab ein Regierungsvertreter eine Übersicht über die Reichssteuern, nach der die steuerliche Belastung in England und Frankreich weit geringer ist als in Deutschland.

* Die Verhandlungen über die Kredithilfe der Industrie wurden in der Zentralarbeitsgemeinschaft wieder aufgenommen.

* Der Zentralverband der Angestellten verlangt wegen der fortschreitenden Geldentwertung eine sofortige Abänderung des Einkommensteuergesetzes.

* General Kollat besteht auf der „Umstellung“ der Deutschen Werke.

* **Loucheur** erklärte, der Wiederaufbau Korsika werde wenigstens sechs Jahre in Anspruch nehmen.

* Am 19. November beginnt in Wigo eine Eisenbahnkonferenz zwischen Deutschland und den baltischen Staaten.

* Die Vereinigten Staaten und Japan haben ein einseitiges Abkommen über die früher deutsche Insel Yap (Karolinen) geschlossen.

* Japan fordert in Washington die Verhaftung von 60 Prozent seines Flottenbestandes.

Wintergefahren.

Den Bemühungen der Vaterlandsfreunde aus allen Parteien zum Trotz spizen sich die innerpolitischen Gegensätze von Woche zu Woche, ja man muß leider sagen von Tag zu Tag mehr und mehr zu. In Berlin ist schon die erste Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung, in der das Präsidium zu wählen war, ausgefallen. Die bürgerlichen Parteien wählten mit 115 Stimmen den völksparteilichen Kammergerichtsrat Dr. Caspari zum Vorsitzenden gegen den Mehrheitssozialdemokraten Franz Krüger, der 74 Stimmen erhielt. Daraus erklärten sämtliche sozialistischen Parteien, sich nun an der weiteren Besetzung des Bureau's nicht beteiligen zu wollen und wählten durch ihre Entfernung die Versammlung beschlußunfähig. Die Mehrheitssozialdemokratie, der Krüger angehört, verfügt über die meisten Sitze im Stadtverordnetenkollegium.

In Dresden, in Leipzig haben die Wahlen zur Stadtvertretung genau zwei gleich starke Parteien links und rechts ergeben, und im sächsischen Landtag ist ein Misstrauensvotum gegen die Hauptträger des rein sozialistischen Kabinetts gerade mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden. Wenn aber so Entscheidungen und Regierungsmöglichkeiten auf des Meisters Schneide stehen, so muß es allenthalben zu erbitterten Machtkämpfen kommen, und von einer Abrüstung des Parteigeistes, die uns mindestens ebenso dringend nottut wie die Abrüstung, um die jetzt in Washington verhandelt und gefesselt wird, kann auf lange Zeit hinaus nicht die Rede sein.

Katastrophenpolitik könnten unter solchen Umständen allenfalls noch in weiterer Schärfung und Häufung von Streitigkeiten einen Ausweg finden. Man denkt an Reichstagsauflösung — als wenn davon eine Besserung oder auch nur eine Änderung der bestehenden Zustände zu erhoffen wäre. Andere Leute, die imstande sind, über ihre eigene Nasenspitze hinauszusehen, denken vor allen Dingen an die auswärtigen Gefahren, die sich immer brodernd über ihrem Haupte zusammenschieben, und fragen: was soll werden? So der Reichstagspräsident **Loeb**, der in diesen Tagen auf einer sozialdemokratischen Parteiveranstaltung in Mittelsachsen sich recht

trübe über unsere allgemeine Lage aussprach. Er gab zu, daß die Gesamtentwicklung im Reich eine Stärkung der bürgerlichen Parteien und vor allem ihrer nationalistischen Tendenzen zeige. Er erblickt darin eine Folge der Verdrängung durch die Verpflichtungen an das Ausland, durch feindselige Entscheidungen gegen Deutschland wie das Genfer Diktat über Oberschlesien, und durch Maßnahmen wie die des General's Kollat gegen die „Deutschen Werke“, die den nationalen Unwillen bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft hineingetragen. Wenn wir allenfalls noch die nächste Reparationsrate am 15. Januar mit schärfster Anspannung aller Möglichkeiten vielleicht noch bezahlen könnten, eine weitere Rate werde nicht mehr zu bezahlen sein — und was dann? Zahlungsausschub oder Finanzkontrolle — eine dritte Möglichkeit gäbe es nicht. Finanzkontrolle aber bedeutet, daß die Gehälter und die Zahl der einzustellenden und zu entlassenden Beamten von einer ausländischen Kommission bestimmt würden, die auch die Steuern, ihre Art und Höhe regeln und selbstverständlich auch vor zwangsweisen Zugriffen in das Privateigentum nicht zurückschrecken werde. Wir geraten damit unter den Druck des ausländischen Kapitals, während wir uns jetzt der Übermacht des inländischen Kapitals zu erwehren suchen. Aber auch im Falle eines Zahlungsausschubs würden Sicherheitsleistungen an öffentlichem und privatem Eigentum gefordert werden. Mit den vorliegenden Steuerentwürfen sei diesen Gefahren gegenüber nichts getan, denn ein Tag deutscher Geldentwertung koste uns mehr, als sechs solche Steuerentwürfe zusammen einbringen könnten. Überhaupt sei er der Meinung, daß die Sozialdemokratie den vorliegenden Steuerentwürfen ihre Zustimmung nicht geben solle, wenn nicht gleichzeitig der Zugriff auf die sogenannten Geld- und Sachwerte erfolge. Vielleicht bedeute diese Forderung soviel wie Reichstagsauflösung, doch könne dem deutschen Volke diese Entscheidung nicht erspart bleiben.

Man steht: Ein Bild grau in grau, wie das Wetter in diesen Novembertagen, die auf herrliche Sommer- und Herbstmonate gefolgt sind. Das einzige, was uns bleibt, ist die Hoffnung, daß auch diese Novembertage wieder einmal, wenn auch erst in ferner Zeit, weichen und wieder hellerem Wetter Platz machen werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Märchen vom Ausauern der deutschen Wäldungen.

Auf Einladung der deutschen Gewerkschaften unternehmen Vertreter des internationalen Arbeiterkongresses eine Rundreise durch Deutschland, um sich über die Umstellung der deutschen Wirtschaft zur Friedensarbeit zu unterrichten. Es soll festgestellt werden, daß die im Auslande fabrizierten Gerichte über die Fortdauer der Wäldungen in Deutschland haltlose Märchen sind. Diese Reise soll am nächsten Sonntag beginnen und zunächst nach München führen, um über Berlin, Spandau, Kiel, Hamburg, Essen, Erfurt und Frankfurt a. M. fortgesetzt zu werden. Angehörige aller Großstaaten der Welt nehmen teil.

Neuegestaltung des deutschen Zolltarifs.

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, der veränderten wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung zu tragen und eine Neuegestaltung des Zolltarifs in Angriff zu nehmen. Sie hat zu diesem Zwecke einen Zolltarif-Ausschuß eingesetzt, dem Vertreter der zuständigen Reichsministerien, der Landesregierungen und der Wirtschaftskreise